



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. In dieser Woche wurden in den Ausschüssen und im Plenum viele wichtige Vorhaben und Gesetze auf den Weg gebracht. Heute möchte ich Sie über die aktuellen Beratungen des Bundestages zu Griechenland sowie über die Einsetzung einer Gemeindefinanzkommission informieren. Ein weiteres Thema in dieser Woche war die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, welches heute verabschiedet wurde. Auch die Reform der Job-Center stand in erster Lesung auf der Tagesordnung im Plenum. Schließlich möchte ich Ihnen noch über meinen Einsatz für Mannheim in Berlin berichten.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Finanzhilfen für Griechenland
2. Berufsbildungsbericht der Bundesregierung
3. Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)
4. Reform der Job-Center
5. Relevantes für Mannheim und die Region



1. Finanzhilfen für Griechenland

Am heutigen Freitag wurde über den Gesetzentwurf zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion im Bundestag abgestimmt. Am Mittwochabend hat der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen bereits mit der nötigen Zustimmung den Haushaltsausschuss passiert. Nach dem Gesetzentwurf soll die bundeseigene KfW-Bankengruppe Griechenland in den kommenden drei Jahren insgesamt 22,4 Milliarden Euro an Kredit gewähren. Davon entfallen auf dieses Jahr 8,4 Milliarden Euro. Diese Gewährleistungen dienen Notmaßnahmen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit Griechenlands, um die Finanzstabilität in der Währungsunion sicherzustellen. Der CDU/CSU-Fraktion ist es hierbei ein wichtiges Anliegen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass der Bund für den Kredit lediglich bürgt. Es wird kein Geld aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt, sondern die KfW-Bankengruppe nimmt Darlehen auf und gibt diese an Griechenland weiter. Durch den Zinsaufschlag entstehen für Deutschland zunächst keine Kosten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass es in diesem Fall schädlicher für die europäische Wirtschaft und die Stabilität des Euro wäre, nicht zu handeln. Es muss geholfen werden, damit Griechenland sich wieder Geld am Kapitalmarkt beschaffen kann. Wir gehen davon aus, dass mit diesen Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in den nächsten drei Jahren wieder hergestellt werden und Griechenland dann seine Kredite auch bedienen kann. Um den Euro als stabile Währung zu erhalten und zu sichern, muss Griechenland bereit sein, auch harte Maßnahmen zu akzeptieren - und zwar für mehrere Jahre.

2. Berufsbildungsbericht der Bundesregierung

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2010 beschlossen. Die christlich-liberale Koalition war im Herbst vergangenen Jahres bei der Bundestagswahl mit dem Anspruch angetreten, die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen. Für Investitionen in Bildung und Forschung werden bis 2013 zusätzlich 12 Milliarden Euro bereitgestellt. Bis 2015 sollen die Bildungsausgaben einen Anteil von 10 % am Bruttoinlandsprodukt erreichen.

Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses. Eine in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise erfreuliche Erkenntnis des Berichtes ist es, dass sich die Ausbildungssituation für Jugendliche dennoch nicht wesentlich verschlechtert hat. So waren im Jahr 2009 erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Die Koalition bekennt sich zum Recht auf gute Ausbildung, damit junge Menschen nicht zu den Verlierern der Krise werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt in dem Bericht allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appelliert an die Wirtschaft, gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage in ihren Anstrengungen, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht nachzulassen. Nicht abfinden wird sich die Bundesregierung mit der hohen Anzahl Menschen, die nicht ausbildungsreif sind. Insgesamt verfügen 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40 % der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss. Wegen der negativen demographischen Entwicklung werden diese jungen Menschen, denen der Übergang von der Schule in den

Beruf schwer fällt, für die wirtschaftliche Entwicklung aber dringend gebraucht. Die Koalition will hier mit einer Ausbildungsoffensive helfen. Bundesministerin Annette Schavan hat deshalb eine neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ vorgeschlagen, mit der der Übergang in die berufliche Ausbildung gefördert werden kann.

3. Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

In dieser Woche wurde der Koalitionsentwurf zur Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes für die Erzeugung von Strom aus Solarenergie in einer namentlichen Abstimmung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet. Das Gesetz sieht unter anderem vor, die Vergütung für Photovoltaik-Anlagen für Anlagen oder an Gebäuden zum 1. Juli 2010 einmalig um 16 Prozent abzusenken. Bei Anlagen auf Freiflächen soll es eine Absenkung um 15 Prozent vom 1. Juli 2010 an geben. Im Unterschied zum ersten Gesetzentwurf wurde die Definition der Konversionsflächen verändert und die Schwankungsmöglichkeiten für die Absenkung der Vergütung (Degression) wurden verringert. Zudem soll es einen Bonus für eigenverbrauchten Strom geben. Der Vertrauensschutz für Freiflächenanlagen soll ausgeweitet werden. Die CDU/CDU Fraktion möchte mit diesem Gesetz den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranbringen. Deutschland besitzt hier einen Technologievorsprung, den es beizubehalten gilt.

4. Jobcenter-Reform

Mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende“ wollen die Regierungsfaktionen in einer gemeinsamen Initiative mit der SPD-Fraktion die Jobcenter besser aufstellen. Der Gesetzentwurf, der in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, soll die Grundlagen für eine reibungslose und qualitativ hochwertige gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen in den sogenannten Argen schaffen. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand wird somit in eine verfassungsgemäße Form überführt. Die zugelassenen kommunalen Träger, die derzeit die Langzeitarbeitslosen in Eigenregie betreuen (Optionskommunen), sollen ihre Aufgaben unbefristet wahrnehmen können. Ihre Zulassung wäre zum 31. Dezember 2010 ausgelaufen. Diese sollen jedoch die Ausnahme bleiben und höchstens ein Viertel aller Grundsicherungsstellen darstellen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 20. Dezember 2007 die derzeitige Form der Zusammenarbeit als mit dem Grundgesetz unvereinbar kritisiert und eine Neuregelung bis 31. Dezember dieses Jahres angemahnt. Aus diesem Grunde haben die Koalitionsfraktionen zusammen mit der SPD einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) eingebracht.

Auf Landesebene sollen Kooperationsausschüsse gebildet werden, um die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende abzustimmen. Auf Bundesebene wird ein Bund-Länder-Ausschuss beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtet, in dem die Länder, die kommunalen Spitzenverbände und die Bundesagentur für Arbeit die Umsetzung der Grundsicherung beraten.

5. Relevantes für Mannheim und die Region

Bundesregierung hält an ICE-Trasse über den Hauptbahnhof Mannheim fest

Auf meine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung hin, ob sich die Bundesregierung zu der vom Gesetzgeber gewünschten ausschließlichen Einbindung des Schienenpersonenfernverkehrs über den Mannheimer Hauptbahnhof bekennt, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke, dass die Bundesregierung an der Fußnote im Bundesschienenwegeausbaugesetz, die diese Anbindung vorsieht, unverändert festhält.

Dies versicherte mir bei einem Treffen auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube. Es bestehen daher gute Aussichten, dass bei den bevorstehenden Treffen zwischen Herrn Dr. Grube und den Vertretern des Regionalforums eine einvernehmliche Lösung für Mannheim auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben gefunden wird.

Keine Schließung des amerikanischen Militärgefängnisses in Blumenau

Auf meine parlamentarische Anfrage hin teilte mir das Auswärtige Amt mit, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht beabsichtigt, das in Blumenau gelegene amerikanische Militärgefängnis an einen neuen Standort in der Pfalz zu verlegen. In der Presse hat es Berichte gegeben, wonach das im Jahre 2005 renoviert und 1963 errichtete zentrale Militärgefängnis für alle in Europa und im Nahen Osten stationierten US-Truppen verlegt werden soll.